multipolar

Herausgegeben von Stefan Korinth,
Paul Schreyer und Ulrich Teusch

"Umgekehrter Totalitarismus" – Sheldon Wolins provozierendes Alterswerk

„Beschreibt 'Demokratie' wirklich unsere Politik und unser politisches System, oder handelt es sich um eine zynische Geste, mit der eine zutiefst manipulative Politik getarnt werden soll?“ So lautet die Kernfrage in Sheldon Wolins großer, nun auch ins Deutsche übersetzten Analyse des politisch-ökonomischen Systems der USA. Aus seiner Antwort machte der 2015 verstorbene Princeton-Professor keinen Hehl. Wolin, neben Hannah Arendt der wohl bedeutendste Politiktheoretiker der vergangenen Jahrzehnte, sprach seinem Land die demokratische Qualität ab. Er sah in den USA ein neuartiges politisches und gesellschaftliches System heraufziehen: den „umgekehrten Totalitarismus“.

ULRICH TEUSCH, 22. April 2022, 0 Kommentare, PDF

Das klingt provozierend. Doch mit seinem Urteil über die westliche Führungsmacht stand Wolin nicht allein. Schon seit langem, beginnend mit C. Wright Mills' Arbeiten zur „Power Elite“ (1956), finden sich immer wieder ernüchternde und wenig schmeichelhafte Analysen der realen politisch-ökonomischen Machtstrukturen in den USA. Immer eindeutiger kristallisiert sich der Befund heraus, dass ökonomische Eliten und ihre organisierten Interessengruppen die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen, während die Durchschnittsbürger und deren Interessenvertretungen nur geringen oder gar keinen Einfluss ausüben. Anders gesagt: Es ist nicht die Mehrheit, die das Sagen hat, von einer „Responsiveness“ der Regierenden gegenüber den Regierten kann ernstlich keine Rede sein.

Inkorporierte Demokratie

Doch warum spricht Wolin von „umgekehrtem Totalitarismus“? Wie unterscheidet sich dieser von den uns bekannten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts? Der wohl wichtigste Aspekt: Anders als im klassischen Totalitarismus (Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus) bleibt das Institutionengefüge im umgekehrten Totalitarismus scheinbar intakt. Alle bekennen sich zu Rechtsstaat und Demokratie, niemand stellt die Verfassung infrage, regelmäßig finden Wahlen statt, die Medien sind frei, die Rechtsprechung unabhängig. Aber jede dieser Institutionen, jedes dieser Verfahren ist ausgehöhlt, substantiell verändert – nur die Fassaden bleiben stehen.

Die Demokratie, so Wolin, degeneriert zu einem „flüchtigen Gut“. Die tatsächliche Macht liegt beim Corporate State, also bei den großen Industrie- und Dienstleistungskonzernen, bei der Finanzindustrie, beim Militär-, Sicherheits- und Geheimdienstapparat, bei den wuchernden bürokratischen Komplexen. Deren schwer fassbare und demokratisch kaum kontrollierbare Macht wird ständig weiter nach oben verlagert. Die Bevölkerung verharrt in Unsicherheit, wird in Resignation und Apathie, in Passivität und Entpolitisierung getrieben.

Im amerikanischen Original des Wolin'schen Buches erscheint der Begriff „umgekehrter Totalitarismus“ erst im Untertitel. Der Haupttitel lautet dort: „Democracy Incorporated“. Ein aussagekräftiges Wortspiel! Zum einen ist die Demokratie „inkorporiert“, also eingegliedert, eingebettet, gerahmt. Zum anderen verweist die Formulierung auf die Corporations, also auf die großen Kapitalgesellschaften, auf die – oft weltumspannenden – Konzerne, die sich der Demokratie bemächtigen, sie inkorporieren.

Paradigmenwechsel

Sein Buch, sagt Wolin, beschreibe und analysiere einen „Paradigmenwechsel“. Dieser manifestiere sich in der Verschmelzung von staatlicher und unternehmerischer Macht. Der Begriff Paradigmenwechsel lässt aufhorchen. Man kennt ihn zwar aus unterschiedlichen Kontexten, von besonderer Relevanz ist er jedoch in der Wissenschaftsgeschichte. Aristoteles, Newton, Einstein zum Beispiel standen für unterschiedliche Paradigmen. Der Übergang, der Wechsel von einem etablierten zu einem neuen Paradigma markiert eine wissenschaftliche Revolution. Der Wissenschaftshistoriker Thomas S. Kuhn hat solchen Umbrüchen, also der „Entstehung des Neuen“, wegweisende Untersuchungen gewidmet. Allerdings beziehen sich Kuhns Aussagen zuvörderst auf die *natur*-wissenschaftliche Wissensproduktion. Sie sind nicht ohne Weiteres auf die Sozialwissenschaften, erst recht nicht auf die politischen Theorien übertragbar.

Dennoch lässt sich aus Kuhns Untersuchungen Gewinn ziehen. Dazu ist es allerdings erforderlich, seinen Schlüsselbegriff des Paradigmas in einer eher metaphorischen Weise zu verwenden. Eine solche Interpretation hatte Sheldon Wolin bereits Ende der 1960er Jahre im Rahmen seiner erhellenden, von Kuhn inspirierten Deutung der politischen Ideengeschichte vorgetragen.

In seiner Charakterisierung der Entwicklungsgeschichte des politischen Denkens zeigte Wolin, dass auch sie sich in Form von Paradigmenwechseln, also durch ein Wechselspiel von Kontinuität und grundlegender Innovation, vollzogen hat. Der Anstoß zum Paradigmenwechsel ergibt sich in der politischen Theorie (und in den Sozialwissenschaften generell) jedoch nicht – wie in den Naturwissenschaften – aus immanenten Problemstellungen oder innertheoretischen Erschöpfungszuständen, sondern aus den Verwerfungen, Krisen, Revolutionen und Katastrophen in der jeweiligen sozialen und politischen Wirklichkeit. Er ergibt sich, mit anderen Worten, aus dem Phänomenbereich, aus dem politischen Feld selbst. Es ist der jeweilige historisch-

politische Prozess, der, wenn man so will, den Paradigmenwechsel vollzieht, und die politischen Theoretiker reagieren auf die realen Veränderungen durch paradigmatische Reformulierungen der politischen Theorie.

In *Politics and Vision*, einem 1960 publizierten Standardwerk, mit dem Wolin seine internationale Reputation begründete, präsentierte er eine umfassende Darstellung und eloquente Interpretation der Kontinuitäten und Innovationen (also Paradigmenwechsel) in der langen abendländischen politischen Ideengeschichte. Mit Thomas Hobbes und Alexis de Tocqueville, zwei Theoretikern, die an Zeitenwenden, also in manifesten Krisensituationen auftraten und die vor ihren Augen sich entfaltende neue Welt theoretisch zu durchdringen versuchten, hat sich Wolin in zwei weiteren Buchpublikationen auseinandergesetzt.

Politikbegriff

Auch Sheldon Wolins eigenes Werk enthielt von Beginn an eine Krisendiagnose, die er im Laufe der Jahre präzisiert und verschärft hat. Zunächst war da seine Beobachtung, dass im 20. Jahrhundert, dem „Zeitalter der Organisation“, die von ihm stets favorisierte partizipatorische Demokratie bloße Utopie geblieben ist. Sodann beklagte Wolin, dass seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein genuin politisches Denken sich auf dem Rückzug befinde. Für das 20. Jahrhundert registrierte er gar den Verlust eines „distinkten“ Politikbegriffs.

Welcher Politikbegriff ist es, der hier abhandengekommen ist? In seiner Antwort reformuliert Wolin einen über zwei Jahrtausende gültig gewesenen Grundkonsens der politikphilosophischen Tradition. „Das Politische“ lag der traditionellen Auffassung zufolge darin, dass die politische Herrschaft sich mit den allgemeinen Interessen befasst, die allen Mitgliedern der Gemeinschaft gemeinsam sind; dass die politische Autorität sich von anderen Formen der Autorität dadurch unterscheidet, dass sie im Namen einer Gesellschaft spricht, die in ihrer gemeinsamen Qualität betrachtet und von gemeinsamen Bindungen und Verpflichtungen zusammengehalten wird; und dass die Ordnung, der die politische Autorität vorsteht, eine ist, die sich über die Gesellschaft als Ganze erstrecken sollte.

Totalisierende Mächte

Knapp drei Jahrzehnte nach *Politics and Vision* veröffentlichte Wolin unter dem Titel *The Presence of the Past* eine Aufsatzsammlung, die im Kontext der Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum der amerikanischen Verfassung stand. Sie zeigte, dass Wolin seine Position weiterentwickelt und radikalisiert hatte. Auch wenn er den Begriff des umgekehrten Totalitarismus noch nicht verwendete, näherte er sich ihm, bezeichnete etwa das politische System der USA als „economic polity“ oder als „megastate“ und beschrieb das 20. Jahrhundert als eines der „totalisierenden Mächte“.

Diese Mächte hatten insbesondere im nationalsozialistischen Deutschland, im faschistischen Italien, in der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik eine totale staatliche Durchdringung der Gesellschaft und teilweise auch der Privatsphäre bewirkt. In den USA, so fürchtete Wolin, könnte sich der Zugriff totalisierender Mächte in anderer, bisher unbekannter Form vollziehen: nicht durch einen einseitigen staatlichen Zugriff, sondern durch eine Doppelbewegung, also ein Wechselspiel zwischen verstaatlichter Gesellschaft und vergesellschaftetem Staat.

Ein solches Wechselspiel, so Wolin, werde möglich, weil zwischen beiden, Gesellschaft und Staat, eine strukturelle Affinität im Entstehen sei. Sie lasse die Frage, wie denn die Machtgewichte im Einzelnen verteilt

sind, zweitrangig werden. Wenngleich sich das neue Machtgebilde von den klassisch-totalitären Varianten unterschied, repräsentierte es nichtsdestoweniger eine spezifische Form der „totalisierenden Macht“: die Macht eines anonymen, nach Totalität strebenden „Systems“.

Was heißt „umgekehrt?“

In Wolins großem Alterswerk über den umgekehrten Totalitarismus wird dieser Interpretationsansatz nun in seiner ausgereiften Form präsentiert. Das Buch ist während der Amtszeit des US-Präsidenten George W. Bush entstanden und an deren Ende (2008) erschienen. Es analysiert das politische System der USA sowohl aus einer Binnenperspektive als auch aus einem internationalen, globalen Blickwinkel. Schauen wir zunächst auf die inneren Entwicklungen und fragen, warum Wolin von einem *umgekehrten* Totalitarismus spricht.

Im klassischen Totalitarismus hatte die Politik den Ton angegeben und sich die Wirtschaft dienstbar gemacht. Die Regimes, ob faschistisch oder kommunistisch, wurden von revolutionären Bewegungen angetrieben, die darauf aus waren, die Macht im Staat zu ergreifen, sie umzubilden und zu monopolisieren.

> *„Der Staat wurde als das Epizentrum der Macht konzipiert, das die notwendigen Hebel für die Mobilisierung und die Umgestaltung der Gesellschaft bereitstellt. Kirchen, Universitäten, Wirtschaftsorganisationen, Nachrichten- und meinungsbildende Medien sowie kulturelle Einrichtungen wurden von der Regierung übernommen, neutralisiert oder unterdrückt.“*

Im umgekehrten Totalitarismus, der in den USA, aber auch in anderen „fortgeschrittenen“ Staaten Gestalt angenommen hat, verändert sich das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft. Staat und Konzerne, Macht und Profit verschmelzen auf neuartige Weise. Anders als im klassischen Totalitarismus ist nunmehr die Wirtschaft die dominante Kraft.

> *„In Ersterem [dem klassischen Totalitarismus, UT] war die Wirtschaft der Politik untergeordnet. Im umgekehrten Totalitarismus ist das Gegenteil der Fall: Die Wirtschaft bestimmt die Politik – und mit dieser Herrschaft gehen auch unterschiedliche Formen der Skrupellosigkeit einher.“*

Zwar nutzt der umgekehrte Totalitarismus die Autorität und die Ressourcen des Staates, doch seine Dynamik gewinnt er, indem er sich anderen Formen der Macht öffnet. Wolin spricht von „einer symbiotische Beziehung zwischen einer herkömmlichen Regierungsform und dem System des 'privaten' Regierens, das durch moderne Kapitalgesellschaften repräsentiert wird“. Es handelt sich um eine doppelte Umwandlung von Konzernen und Staat: Erstere werden politischer, Letzterer wird marktorientierter. Es entsteht ein „Macht- und Profit-Regime“.

Wenn sich Konzern- und Staatsmacht vereinigen, führt dies keineswegs zu einer Verschlankung des Systems; im Gegenteil, das System wird umfassender als jemals zuvor, losgelöst von demokratischen Einflüssen und ausgestattet mit der Fähigkeit, „die Demokratie zu verwalten“ oder sie in eine den Herrschenden genehme Richtung zu lenken.

Im Unterschied zu den klassischen Totalitarismen, die sich ihres totalitären Charakters rühmten, verschleiert der umgekehrte Totalitarismus seine wahre Identität. Er tarnt sich. Er wagt es nicht, seinen Namen auszusprechen. Er verleugnet sein eigenes Wesen.

Anonyme Prozesse

Anders auch als die klassische Variante wird der umgekehrte Totalitarismus nicht von persönlicher Herrschaft angetrieben, sondern von den bereits erwähnten „totalisierenden Mächten“. Wolin sieht ein abstraktes, ein anonymes, ein nach Totalität strebendes „System“ am Werk. „Der Führer ist nicht der Architekt des Systems, sondern sein Produkt.“ Oder anders: Die Führer kommen und gehen – das System bleibt.

Was zugleich bedeutet: Der umgekehrte Totalitarismus tritt beinahe unmerklich in die Welt. Kein allmächtiger Wille ist am Werk, niemand schaltet die Opposition gewaltsam aus, es existiert kein Masterplan. Gerade aufgrund seines umgekehrten Charakters entsteht ein umgekehrt-totalitäres System nicht als abrupter Regimewechsel oder dramatischer Bruch, sondern im Zuge eines evolutionären Prozesses. Wolin beschreibt einen anhaltenden und zunehmend ungleichen Kampf zwischen zwei Tendenzen: einer nicht verwirklichten Demokratie auf der einen Seite, einer Antidemokratie, die sich nicht als solche zu erkennen gibt, auf der anderen Seite.

Der umgekehrte Totalitarismus vollzieht keinen für jedermann erkennbaren Bruch mit der Vergangenheit, mit der Tradition; vielmehr beruft er sich auf sie, stellt sich in eine vermeintliche Kontinuität, erweckt den Eindruck, alles sei in bester Ordnung. Doch dem ist nicht so. Scheinbar unwiderstehliche ökonomische und technische Prozesse schaffen und bestärken den Glauben, dass der Rationalisierung unterschiedlichster Lebensvollzüge, dass der Kontrolle, der Vorhersehbarkeit, der Kosteneffizienz keine Grenzen gesetzt seien.

> *„Wähler werden ebenso berechenbar gemacht wie Konsumenten; eine Universität ist ihrer Struktur nach fast ebenso rationalisiert wie ein Unternehmen; eine Unternehmensstruktur ist im Hinblick auf ihre Befehlskette so hierarchisch wie das Militär. Die Ideologie des Regimes ist der Kapitalismus, der praktisch ebenso unumstritten ist, wie es die Nazidoktrin im Deutschland der 1930er Jahre war.“*

Supermacht

Der umgekehrte Totalitarismus ist am politischen System der USA abgelesen; er projiziert Macht nach innen. Doch die USA sind ein globaler Akteur, eine Supermacht. Supermacht ist denn auch folgerichtig Wolins Komplementärbegriff zu dem des umgekehrten Totalitarismus.

> *„'Supermacht' steht für die nach außen gerichtete Ausstrahlung von Macht. Sie ist unberechenbar, unduldsam gegenüber Beschränkungen und achtet nicht auf Grenzen, während sie danach strebt, die Fähigkeit auszubilden, ihren Willen zu Zeitpunkten und an Orten ihrer Wahl durchzusetzen. Sie stellt die Antithese zu einer verfassungsmäßigen Macht dar.“*

Während der umgekehrte Totalitarismus die verfassungsmäßige Ordnung im Inneren aushöhlt, emanzipiert sich die Supermacht im internationalen beziehungsweise globalen Kontext von Beschränkungen aller Art. Maßgebend für sie sind die jeweils verfügbaren Ressourcen, Möglichkeiten, Ambitionen, nicht jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. „Ihre Beschaffenheit ist für die Ausweitung vorgesehen, nicht für eine Einschränkung.“

Wie im Inneren entwickelt sich auch im internationalen Maßstab eine symbiotische Beziehung aus zwei Elementen: Während im Inneren Staat und Konzerne eine neue Einheit bilden, sind es im internationalen Maßstab die militärische Macht und die auf Globalisierung ausgerichteten Unternehmen.

> *„In dem Maße, in dem sich diese Elemente durchsetzen und entwickeln, verwandelt sich das 'Heimatland' von einer selbstverwalteten, vorwiegend nach innen gerichteten politischen Gesellschaft in eine 'Heimatbasis' für internationale wirtschaftliche und militärische Strategien.“*

Supermacht bedeutet „schiere Macht“. Diese wirtschaftlich-militärische Macht orientiert sich an einem globalen Standard und nicht etwa an der Verfassung, am demokratischen Rechtsstaat. Die Supermacht ist nicht dem Wohlergehen der Bürger verpflichtet, bindet diese nicht in politische Prozesse ein. Sie agiert losgelöst von politischen Vorgaben im überkommenen Sinn. Zwischen dem Ideal der demokratischen Selbstverwaltung und dem Anspruch der Supermacht auf globale Hegemonie liegen Welten.

> *„Wenn Supermacht formlose, hochentwickelte und 'fortschrittliche' Macht bedeutet, die denen zur Verfügung steht, die im Namen der konstitutionellen Demokratie regieren, dann kann sie nicht, weder praktisch noch theoretisch, 'Regierung durch das Volk' bedeuten. In der Praxis nicht, weil die globalen 'Verantwortlichkeiten' der Supermacht mit einer partizipativen Regierungsführung unvereinbar sind; in der Theorie nicht, weil die Befugnisse, die die Supermacht so mächtig machen, weder von der verfassungsmäßigen Autorität noch vom 'Volk' abgeleitet sind. Zugespitzt formuliert: Die Bedingung für den Aufstieg der Supermacht ist die Schwächung oder Irrelevanz von Demokratie und Verfassungsmäßigkeit – außer als Mystifikationen, die es der Supermacht gestatten, eine Traditionslinie vorzutäuschen, die ihr Legitimität verleiht.“*

Einerseits unbegrenzte globale Hegemonie, andererseits verfassungsmäßig begrenzte Macht; einerseits willkürliche Macht, die nach außen projiziert wird, andererseits demokratische Macht, die den Bürgern zu Hause rechenschaftspflichtig ist – diese Spannungen, diese Widersprüche, diese Unvereinbarkeiten werden, so Wolins Klage, öffentlich nicht thematisiert. Insbesondere die Frage, wie das Supermachtgebaren auf Demokratie und Konstitutionalismus zurückwirkt, bleibt ungeklärt.

Schattenstaatsbürgerschaft

Welche Rolle spielen die Bürger in Zeiten des umgekehrten Totalitarismus und der Supermacht? Schon seit Jahrzehnten, so Wolins Antwort, wird der Bürger auf die Rolle eines Wählers reduziert. Nur zu Zeiten der Wahlen führt er ein politisches Leben. Ansonsten ist seine politische Existenz auf eine „Schattenstaatsbürgerschaft virtueller Partizipation“ verengt. „Statt an der Macht teilzuhaben, wird der virtuelle Bürger dazu aufgefordert, 'Meinungen' zu haben: messbare Antworten auf Fragen, die darauf ausgelegt sind, diese Antworten zu erwirken.“

Vom demokratischen Anspruch eines souveränen Volkes ist das weit entfernt. Unbefriedigende Ersatzbegriffe wie „Konsumentensouveränität“ oder „Aktionärsdemokratie“ sind denn auch en vogue. Die Öffentlichkeit macht unkritisch mit, aber sie bringt sich nicht ernstlich ein. Es dominiert ein „*Gefühl* der Teilhabe“. Demokratie degeneriert zu einem „Markenname[n] für ein Produkt, das zu Hause kontrollierbar und im Ausland vermarktbar ist“.

Während die klassisch-totalitären Systeme ihre Gesellschaften in einem Zustand ständiger politischer Mobilisierung gehalten haben, setzt der umgekehrte Totalitarismus auf eine politisch demobilisierte Gesellschaft, auf lethargische, apathische, ins Private abgedrängte Bürger. Der klassische Totalitarismus mobilisiert seine Untertanen, der umgekehrte Totalitarismus fragmentiert sie. Er konditioniert die Wählerschaft

darauf, „für einen kurzen Zeitraum aufgebracht zu sein, ihre Aufmerksamkeitsspanne zu kontrollieren und dann die Untätigkeit oder Apathie zu fördern“.

Dem neuen System, schreibt Wolin, sei es nicht darum zu tun, die Bürger zu überzeugen, sondern sie entweder zu neutralisieren oder aufzuwiegeln. Aktive Unterdrückung ist nicht erforderlich; die Wählerschaft ist derart gespalten – und zwar entlang ideologischer Linien, nicht entlang von Klassenkonflikten –, dass sich kein starker Mehrheitswille formieren kann. „Die Nazis nannten dies Gleichschaltung. Wir könnten es 'Lenkung' nennen, um seinen Platz in einer offenen Gesellschaft anzuzeigen.“

Die Entpolitisierung wird Wolin zufolge vor allem dadurch vorangetrieben, dass die Gesellschaft in eine Atmosphäre kollektiver Angst und individueller Ohnmacht eingetaucht ist. Eine regelrechte „Ökonomie der Angst“ sei entstanden, „ein System der Kontrolle, dessen Macht sich aus Unsicherheit speist, das aber nach Ansicht seiner Analysten überaus rational ist“: „Angst vor Terroristen, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor der Ungewissheit der Altersvorsorge, vor steigenden Gesundheitskosten, vor steigenden Bildungsausgaben.“

Perspektiven und Gefahren

Es mag sein, schreibt Wolin, dass die „Supermacht“ ihre besten Tage hinter sich hat und ihrer Götterdämmerung entgegensieht; das bedeute jedoch nicht, dass der umgekehrte Totalitarismus ebenfalls obsolet werden müsste. Bislang ist denn auch nichts dergleichen zu erkennen, im Gegenteil. Der Paradigmenwechsel, von dem eingangs die Rede war, besteht darin, dass der lange, seit Ende des 18. Jahrhunderts beobachtbare Trend hin zu leidlich demokratischen Verhältnissen, hin zu mehr Demokratie offenkundig gebrochen wurde. Demokratie und Demokraten befinden sich in der Defensive.

Was tun? Wolins Antwort: Während die frühen Demokraten für etwas kämpften, was sie nicht hatten, besteht die Herausforderung für heutige Demokraten darin, verlorenes Terrain zurückzuerobern, politische Institutionen und Praktiken, die der Kontrolle durch das Volk entzogen wurden, wieder zu „popularisieren“.

Eigentlich assoziiert man Demokratie mit Fortschritt, mit Zukunft, mit einer Bewegung hin zu etwas Neuem. Bei Wolin steht eine andere zeitliche Perspektive im Vordergrund: Ihm geht es um das Wiederbeleben, um das Wiederherstellen, um das Wiedergewinnen dessen, was schon einmal erreicht war und nun verloren gegangen ist, kurzum: um die Rückkehr zur alten demokratischen Normalität. Über die Erfolgsaussichten dieses Projekts macht er sich keinerlei Illusionen: „Es liegt auf der Hand, dass die Wiederherstellung der Demokratie eine Aufgabe darstellt, die der politischen Dynamik unserer Zeit zuwiderläuft.“

Wolin glaubt nicht mehr daran, dass „der Demos“ jemals dominieren wird, er bezweifelt sogar, dass „ein einheitlicher Demos“ noch möglich ist oder auch nur wünschenswert wäre. Er setzt vielmehr auf die Revitalisierung eines demokratischen Bürgersinns, auf eine „Demokratisierung des Selbst“ als Voraussetzung einer „Demokratisierung der Politik“. Wo und wie kann ein derartiges demokratisches politisches Bewusstsein entstehen? Im Prinzip, so Wolins Antwort, überall und zu jeder Zeit, "am ehesten [jedoch] in lokalen, kleinräumigen Kontexten (...), wo sowohl die negativen Folgen politischer Machtlosigkeit als auch die positiven Möglichkeiten politischen Engagements am offensichtlichsten scheinen. (…) Demokratische Erfahrung beginnt auf der lokalen Ebene.“

Es ist dies eine vage und angesichts der Dimension der von Wolin aufgefächerten Problemlagen beinahe verzweifelte Hoffnung. Wird sie sich realisieren? Ausschließen kann man das nicht, doch höher ist wohl die Wahrscheinlichkeit, dass die Entwicklung die genau entgegengesetzte Richtung einschlagen wird – eine Eventualität, die Wolin gegen Ende seines langen, 93 Jahre währenden Lebens in einem großen Interview mit Chris Hedges ausgesprochen hat. Es ist eine Mahnung, die man als sein Vermächtnis begreifen kann: Sollte der umgekehrte Totalitarismus irgendwann an Grenzen stoßen, sollte die Bevölkerung ungehalten, widerspenstig und ungehorsam werden, sollte die Systemfrage auf die Tagesordnung kommen, dann werden die Masken der Eliten fallen. Sie werden in ihrem Abwehrkampf zu genau jenen Mitteln greifen, die wir aus dem klassischen Totalitarismus kennen: Gewalt und Repression. Die Aggressivität, die das Außenverhalten des Staates schon seit langem kennzeichnet, wird sich nach Innen kehren.

Der umgekehrte Totalitarismus würde sich zurückverwandeln in einen klassischen Totalitarismus. Es wäre dies ein weiterer Paradigmenwechsel – und vermutlich ein unumkehrbarer.

Sheldon S. Wolin: Umgekehrter Totalitarismus. Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie. Mit einer Einführung von Rainer Mausfeld. Aus dem Englischen von Julien Karim Akerma. Frankfurt am Main: Westend Verlag 2022, 462 Seiten, 36 Euro